

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Katrin Kunert, Dr. Barbara Höll, Hüseyin-Kenan Aydin, Sevim Dağdelen, Werner Dreibus, Inge Höger, Ulla Jelpke, Kornelia Möller, Paul Schäfer (Köln), Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Fördergelder nur als Unternehmensbeteiligung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nokia hat für den Standort Bochum zwischen 1988 und 1999 60 Millionen Investitionsbeihilfen und im Zeitraum von 1997 bis 2007 10 Mio. Euro Forschungsförderung erhalten. Nach Ablauf der Bindungsfrist will die Konzernleitung trotz der äußerst profitablen Situation das Werk schließen und die Produktion nach Rumänien verlagern.

Öffentliche Subventionen durch die EU-Regionalpolitik, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie die unterschiedlichen Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene sind ein unverzichtbares wirtschaftspolitisches Instrument, um insbesondere in strukturschwachen Regionen das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu stärken, durch Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen den Strukturwandel zu erleichtern und die regionalen Arbeitsmärkte zu entlasten.

Um diese Instrumente auch weiterhin nutzen zu können und deren Missbrauch durch verlagernde Unternehmen zu verhindern, bedarf es neben einer Verschärfung der Förderbedingungen und deren effizienter Kontrollen weiterer Maßnahmen, um staatlich geförderte Unternehmen stärker an die getroffene Standortentscheidung zu binden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Lehren aus dem Fall Nokia zu ziehen und mit sofortiger Wirkung die Förderregeln insbesondere der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ so zu ändern, dass betriebliche Einzelförderungen mit beträchtlicher regionalwirtschaftlicher Bedeutung in Form von öffentlichen Kapitalbeteiligungen oder Belegschaftsanteilen in entsprechender Höhe gewährt werden.

Die Beteiligung ist so auszugestalten, dass damit in den Aufsichtsräten und entsprechenden Unternehmensgremien weitgehende Informations- und Entscheidungsmöglichkeiten für die öffentliche Hand bzw. die Belegschaftsvertreter verbunden sind.

Berlin, den 20. Februar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die beabsichtigte Verlagerung von Nokia trotz Rekordgewinnen hat erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen für die betroffene Region und ihren sozialen Zusammenhalt. Arbeitsplatzabbau und Massenentlassungen mit katastrophalen Auswirkungen für die Betroffenen und ihre Familien sind die Folgen. Mindestens 4 000 Arbeitsplätze sind in Bochum bei Nokia und anderen Unternehmen gefährdet.

Es kann nicht angehen, dass der Staat die knappen öffentlichen Steuergelder an private Unternehmen verschenkt. Die Subventionierung von Profiten ohne Gegenleistung ist gesellschaftlich inakzeptabel. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanzieren Investitionen von Unternehmen und tragen dann auch noch die Folgekosten einer Werkschließung.

Subventionen als staatliche Eigenkapitalbeteiligungen zu gewähren, macht die öffentliche Hand zum Miteigentümer des geförderten privat-wirtschaftlichen Unternehmens. In der Folge ist die öffentliche Hand anteilig an den Gewinnen und Verlusten des Unternehmens zu beteiligen. Die öffentliche Hand kann über diese Beteiligung das Gemeinwohlinteresse in unternehmerischen Entscheidungen und damit die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zur Geltung bringen.

Alternativ dazu können Subventionen auch in Form von Belegschaftsanteilen gewährt werden. Damit werden die Subventionen stärker an die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit auch an den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und des Betriebes insgesamt gebunden.

Im Übrigen wäre in diesem Fall das Land NRW auch frühzeitiger informiert gewesen und hätte nicht erst aus der Presse von der Entscheidung durch die Unternehmensführung erfahren. Eine öffentliche Beteiligung als Förderinstrument ist auf Landesebene durchaus gängige Praxis. Auch der Bund ist an rund 400 Unternehmen beteiligt, darunter an 110 Unternehmen unmittelbar (Beteiligungsbericht 2007).